

DER CHEF
DES EIDG. MILITÄRDEPARTEMENTS

3003 Bern, 18. Dezember 1992

- Kopie 2 Hk St. Walter BR. Akk
- Kopie am Heli. Bitte um ~~Mitteilung~~ ^{Herrn} ~~Walter~~

Bundespräsident R. Felber

3003 B e r n

Herr Bundespräsident,
lieber Kollege,

Ich danke Ihnen für Ihren Bericht über die Gespräche mit den EG-Aussenministern. Ich nehme ihn zum Anlass, Ihnen meine Besorgnis über die schwierige Lage, in der sich unser Land gegenwärtig befindet, mitzuteilen. Ich bin der Meinung, der Bundesrat müsse sehr rasch eine Reihe klarer Führungsentscheidungen fällen, um der allseits feststellbaren Desorientierung nach der EWR-Abstimmung Einhalt zu gebieten.

Zahlreichen Gesprächen und Zuschriften entnehme ich, dass in der Schweizer Bevölkerung verbreitete Zweifel bestehen, ob der Bundesrat das Abstimmungsergebnis vom 6. Dezember wirklich akzeptiere. Verschiedene Äusserungen von Regierungsmitgliedern und Beamten vor der Presse scheinen interpretiert worden zu sein als Vorwürfe an die Adresse des Volkes, falsch entschieden zu haben, und als Selbstanklage der Schweiz gegenüber unseren europäischen Partnern. Einzelne Bürgerinnen und Bürger drohen relativ unverhohlen, man werde der Regierung endgültig die Gefolgschaft versagen, wenn diese den Willen des Volkes nicht respektiere und weiterhin Schwächesignale gegen aussen ausstrahle.

Solche Reaktionen sind alarmierend. Unsere Demokratie basiert auf dem Grundsatz, dass das Volk in jedem Fall das letzte Wort hat und dass sich die politischen Behörden ohne Wenn und Aber danach zu richten haben. Wenn die Haltung der Regierung nun so interpretiert wird, dass sie sich selbst nicht an diesen obersten demokratischen Grundsatz hält, droht unsere Demokratie in



- 2 -

ihren Grundfesten erschüttert zu werden. Deshalb ist jetzt ein klares Signal erforderlich, dass der Bundesrat die Gültigkeit des Volksentscheids vom 6. Dezember akzeptiert und gewillt ist, auf der Basis dieses Entscheids eine Führungsrolle zu übernehmen und eine neue Politik zu formulieren.

Es gilt, das Vertrauen des Volkes in die Regierung wiederherzustellen, ein Vertrauen, das klar geschwächt ist: Die in der Abstimmung vom 6. Dezember sichtbar gewordene Entfremdung zwischen der politischen Führung unseres Landes und dem Volk der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz muss so rasch als möglich überwunden werden.

Eine der Kernfragen, die die Bevölkerung beschäftigen, ist jene des EG-Beitritts der Schweiz. Ohne einen klaren Entscheid des Bundesrates, wie er sich in dieser Frage verhalten will, wird es nicht gelingen, das Vertrauen des Volkes in die politische Führung wiederherzustellen.

Eine vorläufige Analyse des Resultats der Volksabstimmung ergibt, dass eine deutliche Mehrheit unseres Volkes heute gegen einen EG-Beitritt der Schweiz eingestellt ist. Zusätzlich zu den 50 % EWR-Gegnern dürfte wohl auch mehr als die Hälfte der EWR-Befürworter zum Lager der Beitritts-Gegner zu zählen sein. Von daher wäre es ein schwerer Affront, wenn der Bundesrat ohne Rücksicht auf die Volksmeinung noch in diesem Jahr EG-Beitrittsverhandlungen aufnehmen würde. Selbstverständlich sollten wir keine offenstehende Option endgültig vergeben. Aber ein unmissverständliches Zeichen, dass der Bundesrat aus dem Abstimmungsergebnis Konsequenzen zieht und für die nächsten 2 Jahre darauf verzichtet, Beitrittsverhandlungen zu führen, scheint mir innenpolitisch dringend erforderlich.

Das bedeutet, dass aus meiner Sicht definitiv auf die Idee zu verzichten ist, parallel zu den anderen EFTA-Beitrittskandidaten Verhandlungen mit der EG aufzunehmen. Verhandlungstechnisch dürfte das kaum von sehr grosser Bedeutung sein, nachdem die Verhandlungen ohnehin von jedem Land einzeln geführt werden

müssen und nachdem zwischen den nordischen Beitrittskandidaten und uns kaum eine sehr breite gemeinsame Interessenbasis bestehen dürfte. Im übrigen gehe ich davon aus, dass die aussenpolitischen Nachteile eines Aufschiebs der Verhandlungen kleiner sind als der innenpolitische Schaden, der mit einem allzu raschen Vorgehen angerichtet würde: Das Endergebnis von Beitritts-Verhandlungen kann in jedem Fall nur in der vollen Uebernahme des europäischen Rechts bestehen; auszuhandeln sind letztlich nur Uebergangsfristen.

Eine klare Haltung in der Beitrittsfrage drängt sich aber auch auf, weil nur so überhaupt Aussicht besteht, in bilateralen Verhandlungen mit der EG Verbesserungen unseres Status zu erreichen. Es scheint mir illusorisch, zu erwarten, dass die EG mit uns irgendwelche bilateralen Einzelverhandlungen führt, wenn wir gleichzeitig den Beitritt anstreben. Wir wären als Verhandlungspartner völlig unglaubwürdig und könnten mit keinen Konzessionen rechnen.

Sowohl gegen aussen wie auch gegen innen sind somit klare Signale nötig. Erforderlich ist eine einfache und verständliche Strategie, die der EG zeigt was wir wollen, und die dem Volk beweist, dass wir gewilligt sind, die Führungsrolle zu spielen.

Ich halte persönlich folgende Vier-Punkte-Strategie für erfolgversprechend:

1. Verbesserung der inneren Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz.
2. Bilaterale Verhandlungen mit der EG auf all jenen Gebieten, wo gemeinsame Interessen bestehen; das schliesst gleichzeitig aus, dass durch autonomen Nachvollzug von Eurolex-Vorhaben vorzeitig Verhandlungstrümpfe aus der Hand gegeben werden.
3. Eine prononcierte Oeffnungspolitik in den nicht EWR-bezogenen Bereichen, so zum Beispiel auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.


4. Ein Massnahmenprogramm zur Stärkung der inneren Kohäsion unseres Landes.

Es erscheint mir dringend notwendig, dass der Bundesrat sehr rasch eine solche Strategie festlegt und in einer klaren und verständlichen Sprache eine entsprechende Erklärung abgibt. Und gleichzeitig sind unsere Beamten an der Innen- und Aussenfront auf diese Strategie zu verpflichten.

Nur so kann die im Volk schwelende Unsicherheit überwunden werden. Und nur so kann es gelingen, rechtzeitig jenen politischen Kräften Einhalt zu gebieten, die nach wie vor versuchen, mit populistischen und rechtsnationalen Argumenten die Stimmung im Lande anzuheizen und das Volk gegen die politischen Behörden zu mobilisieren.

Ich halte die Lage für ernst. Ich bitte Sie deshalb, den vorstehenden Ueberlegungen die gebührende Beachtung zu schenken und den Themenkreis möglichst bald dem Bundesrat zur Diskussion und zum Entscheid vorzulegen.

Mit freundlichen Grüssen


Kaspar Villiger
Bundesrat

Kopie an:

- alle Herren Bundesräte
- Herrn Bundeskanzler